



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10 009/184-1.1/84

Entwurf eines Bundesgesetzes  
betreffend das Verbot von  
Ultraleichtflugzeugen;  
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	52 19. 83
Datum:	14. FEB. 1984
Verf.:	1984-02-18
Verf.:	früher

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Entsprechend den Rundschreiben des Bundeskanzleramtes vom 13. Mai 1976, GZ 600 614/3-VI/2/76, und vom 16. März 1978, GZ 600 614/2-VI/2/78, beehrt sich das Bundesministerium für Landesverteidigung in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Verkehr versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes betreffend das Verbot von Ultraleichtflugzeugen, zu übermitteln

13. Feber 1984  
Für den Bundesminister:  
K o l b

25 Beilagen

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigungen:

*Ortner*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10 009/184-1.1/84

Entwurf eines Bundesgesetzes  
betreffend das Verbot von  
Ultraleichtflugzeugen;

Stellungnahme

An das  
Bundesministerium für Verkehr

Elisabethstraße 9  
1011 Wien

Zu dem mit der do. Note vom 22. Dezember 1983,  
Zl. 38.537/109-I/3/83, übermittelten Entwurf eines  
Bundesgesetzes betreffend das Verbot von Ultraleicht-  
flugzeugen, beehrt sich das Bundesministerium für  
Landesverteidigung wie folgt Stellung zu nehmen:

Hinsichtlich grundsätzlicher Überlegungen zur Frage  
einer Zulassung von Ultraleichtflugzeugen wird auf  
die ho. Note vom 23. August 1983, Zl. 13 100/2-1.6/83,  
verwiesen.

Gegen das im vorliegenden Entwurf enthaltene allge-  
meine und ausnahmslose Verbot einer Verwendung von  
Ultraleichtflugzeugen bestehen vom ho. Ressortstand-  
punkt insofern Bedenken, als dadurch Interessen der  
militärischen Landesverteidigung beeinträchtigt werden  
könnten.

Derzeit finden in zahlreichen anderen Staaten breit  
angelegte theoretische und praktische Untersuchungen

- 2 -

statt, die über die militärische Verwendbarkeit der Ultraleichtflugzeuge Aufschluß geben sollen. Über diese Versuche liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor, die hinsichtlich ihrer Gültigkeit für das spezifisch österreichische Verteidigungskonzept überprüft werden können. Gerade deshalb darf aber die Möglichkeit einer künftigen militärischen Verwendung solcher Geräte nicht von vornherein durch eine gesetzliche Regelung der vorgesehenen Art ausgeschlossen werden. Es wird daher ersucht, im gegenständlichen Entwurf für den Bereich der Militärluftfahrt eine entsprechende Ausnahme vorzusehen.

Ferner scheint es notwendig, die Frage einer allfälligen Verwendung von Ultraleichtflugzeugen auch für zivile Aufgabenbereiche der umfassenden Landesverteidigung zu prüfen und auf diesen Gesichtspunkt im vorliegenden Entwurf ebenfalls Bedacht zu nehmen.

13. Feber 1984  
Für den Bundesminister:  
K o l b

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Ortner*